

26.10.2012 / Inland / Seite 2

Nebeneinkünfte transparenter

SPD, Linkspartei und Abgeordnetenwatch kritisieren Gesetzesvorlage als unzureichend

Bundestagsabgeordnete müssen künftig exaktere Angaben über ihre Nebeneinkünfte machen, diese aber nicht auf Euro und Cent genau veröffentlichen. Die Koalition aus Union und FDP setzte am Donnerstag gegen die Stimmen der Opposition ein Modell durch, bei dem die Höhe der Einkünfte in mehr Stufen als bisher und damit detaillierter dargelegt werden müssen. »In Zukunft werden Nebeneinkünfte von Abgeordneten in zehn Stufen - ab 1000 bis über 250000 Euro - offengelegt werden müssen«, erläuterte der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Michael Grosse-Brömer. Ein angestrebter fraktionsübergreifender Konsens in der Rechtsstellungskommission kam aber nicht zustande. Die SPD kündigte an, auf weiterreichende Änderungen drängen zu wollen. Auslöser der Debatte waren das Bekanntwerden hoher Nebeneinkünfte des designierten SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück. Der frühere Finanzminister hat in den vergangenen drei Jahren durch Vorträge mehrere hunderttausend Euro verdient.

Bislang müssen die Abgeordneten nur angeben, ob sie zwischen 1000 und 3500 Euro, 3500 bis 7000 Euro oder darüber hinaus verdienen. Konkrete Beträge müssen sie nicht nennen.

Das Modell geht nun als Empfehlung an den Geschäftsordnungsausschuß, der auf der Grundlage nun eine Änderung der Verhaltensregeln für Abgeordnete erarbeitet.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Thomas Oppermann, sagte, aus seiner Sicht handle es sich noch nicht um das letzte Wort. Die Koalition habe sich mit ihrer erweiterten Stufenregelung zwar bewegt, sei aber immer noch nicht bereit, echte Offenlegung herzustellen. Die SPD wolle weiterhin eine Veröffentlichung der Nebeneinkünfte »nach Euro und Cent«. Die Linksfraktion bemängelte, von einer beitragsgenauen Offenlegung der Einkünfte bleibe der Beschluß meilenweit entfernt. Kritik kam auch von der Transparenzorganisation Abgeordnetenwatch. »Jedes Stufenmodell lädt zur Verschleierung und Stückelung von Nebeneinkünften ein und fördert das Mißtrauen in die Politik«, betonte der Mitbegründer der Internetplattform, Gregor Hackmack, am Donnerstag in Hamburg. Selbst bei einer zehnfachen Abstufung könne man weiterhin große Teile der tatsächlichen Nebeneinkünfte verstecken.

(Reuters/dapd/jW)